

Dan Diner

Blut und Öl -

Über Traditionen politischer Kultur

Professor Dr. Dan Diner, geb. 1946 in München, Studium der Rechtswissenschaft in Frankfurt, lehrt seit 1986 Neuere Geschichte/Außereuropäische Geschichte an der Universität-Gesamthochschule Essen. Im Wintersemester 1988/89 war er Lehrstuhlvertreter an der Universität Tel Aviv.

I.

Im Jahr 1939, pünktlich zu Kriegsbeginn, erschien ein vielbeachtetes Buch des populären Sachautors Anton Zischka. „Ölkrieg“ lautet der fulminante Titel. Gleich im Vorwort eröffnet der Autor seine Intention: Es gelte, den Traditionsfeind Deutschlands, die westlichen Demokratien und ihre wohlfeilen Prinzipien von „Freiheit und Recht“ als einen „Vorhang von Lügen und Verleumdungen, von Pharisäertum und Selbstgefälligkeit“ anzuprangern. Letztendlich verberge sich hinter den ehernen Motiven nichts anderes als der schnöde Vorteil. Am Beispiel des Erdöls sei das zu belegen.

Es hat in Deutschland Tradition, den Kernländern des Westens gegenüber ein sich moralisch begründendes Überlegenheitsgefühl auszuspielen. Nicht zuletzt war auch der Erste Weltkrieg eine Art von europäischem Bürgerkrieg gewesen, indem von Deutschland aus dem westlichen Rationalismus, Utilitarismus und einem behaupteten Profitdenken auf dem „Felde der Ehre“ der Prozeß gemacht werden sollte. Bezeichnenderweise ist die Kriegsschrift Werner Sombarts mit „Händler und Helden“ überschrieben. Im Nationalsozialismus erfuhr solche Entgegensetzung eine weitere Steigerung: Der Kampf der Nation der Mitte im rassenideologischen Kleid wurde zu einem Weltgegensatz zwischen den Nationen der Reichen und der Habenichtse stilisiert - oder in den Worten des Erfolgsautors Anton Zischka: „Überall siegte Blut über Öl, siegte Nationalbewußtsein über internationalen Kapitalismus.“

Es ist wahr: Das Schlagwort vom Antiamerikanismus hat in Deutschland bislang nur wenig Patina angesetzt. Ersetzt man es aber durch das historisch wohlvertraute Ressentiment den Angelsachsen gegenüber, findet sich der vermeintlich dünne Resonanzboden erheblich verstärkt. In der Tat scheint der von den Vereinten Nationen legitimierte und unter der Führung der Vereinten Staaten und Englands getragene Krieg gegen den Irak Saddam Husseins so manche Saite im kollektiven Gedächtnis der Deutschen zum Klingen zu bringen, wenn von einer Seeblockade, von Luftangriffen anglo-amerikanischer Bomber die Rede ist, oder das Wort von

den „Alliierten“ fällt, sowie neue „Nürnberger Prozesse“ angedroht werden. All dies und noch mehr breitet ein Assoziationsfeld aus, das seinen Ursprung in der jüngeren deut-

schen Geschichte zu finden scheint. In der prinzipialistisch und pazifistisch geneigten Haltung der Protestbewegung gegen den westlichen Westen verbindet sich jedenfalls mit dem ökonomistisch getönten Affekt die unbefragte Unterstellung, dort, am Golf, komme blinde Gewalt des schnöden materiellen Interesses wegen zum brutalen Austrag - Blut für Öl. Solcher Protest neigt sich ganz unbeabsichtigt dem orientalischen Despoten, dem Diktator des Irak zu, dessen wenig attraktives Äußere immerhin so etwas wie eine salvatorische Distanzierung abfordert.

Trotz aller beklagten oder behaupteten Verwestlichung Deutschlands will der Eindruck nicht weichen, in diesem Lande werde die politische Kultur des Westens immer noch nicht recht verstanden. Und dies vor allem dann, wenn so mancher Kerngehalt westlicher Werte sich in Bilder chiffriert, die mit der Schreckenszeit deutscher Geschichte verwoben sind. So wird etwa die Negativinstanz Hitler im westlichen Westen anders besetzt und rührt in der politischen Sprache andere Bedeutungen auf als in diesem Lande. Hitlers Symbolbedeutung reflektiert im angelsächsischen Westen weniger die tiefsten Untiefen nationalsozialistischer Verbrechen. Sie steht weniger für die Jahre 1941 bis 1944, für Lebensraumkrieg und Massenvernichtung - eher für die Erfahrung der britischen Demokratie mit dem wortbrüchigen Diktator der Jahre 1938/39, nachdem England seine Nachgiebigkeit Hitler gegenüber als Versagen traumatisch erfuhr. Nach dem Treffen von Bad Godesberg stand für den britischen Premierminister Chamberlain fest, Hitler könne britischen Maßstäben politischen Verhaltens gemäß als nicht rational gelten - „unreasonable“ war das hinfort benutzte Wort. Die Gefahr, die von Hitler ausging, war also im Umstand begründet, als nicht kalkulierbar zu gelten und mithin nicht vertragsfähig zu sein. Von ihm ging eine unabsehbare Gefahr für das gesamte Staatensystem aus.

Seit Hitler ist es ein Topos und im kollektiven Bewußtsein der angelsächsisch geprägten politischen Kultur des Westens eine tief eingekerbte Erfahrung, daß absoluten Diktatoren und Despoten mit entschiedenem Mißtrauen zu begegnen sei. Auch der Hitler-Stalin-Pakt bestätigte die Tatsache, daß institutionell ungebundene Herrscher gleichsam aus dem Stand heraus und des bloßen taktischen Vorteils wegen all ihre Prinzipien und eingegangenen Verpflichtungen einfach zu annullieren vermögen. Die Analogie zwischen dem Hitler der Enddreißiger und Saddam Hussein dürfte unmittelbar einsichtig sein. Seine Vertragsfähigkeit jedenfalls hat Saddam Hussein bereits wegen seines Vorgehens dem Iran gegenüber eingebüßt. Theatralisch und symbolbewußt zerriß er im Fernsehen das 1975 in Algier abgeschlossene Grenzabkommen mit seinem revolutionsgeschüttelten Nachbarn. Dieses wieder anzuerkennen, war er bereit, als er sich nach seinem Souveränitätsbruch gegen Kuwait einer internationalen Koalition gegenüber sah. Die Menschen und das Material, die der achtjährige Abnutzungskrieg das irakische Volk kostete, opferte er bereitwillig einem taktischen Vorteil. Doch mit der Annexion des Scheichtums war nicht nur die konkrete Souveränität irgendeines Zwerg-

staates verletzt, sondern - nach dem Ende der atomar bewehrten Bipolarität als dem gültigen Weltordnungssystem - das letzte noch wirksame Prinzip von Sicherheit und Konflikthegeung zur Disposition gestellt.

II.

Keine Frage: Ein staatliches Gemeinwesen muß schon von Bedeutung sein, damit seinetwegen das Prinzip der Existenzhaltung aller Staaten von der Weltgemeinschaft mit militärischen Mitteln exekutiert wird. Man würde jedoch fehl darin gehen, hier von einem bloßen Kampf ums Öl oder gar um eine militärische Korrektur des Ölpreises auszugehen, wie das rein ökonomistische Denken unterstellt. Längst wird der Ölpreis nicht mehr über westliche Präsenz und westliche Gängelei der Fördererländer bestimmt. Zum Streit kann es hingegen zwischen den Fördererländern selbst kommen - dann, wenn es um die jeweils zu fördernde Ölmenge beziehungsweise um Kontingentierungen geht. Nicht das Öl im engeren Sinne, sondern vor allem die gefährdete Stabilität in der Region des Vorderen Orients, die Furcht vor einem nicht absehbaren Chaos ließ die unmittelbaren Nachbarn Iraks die internationale Intervention willkommen heißen. Der Kampf um die Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits ist mithin von symbolischer Bedeutung für jene Zurückweisung eines Faustrechts, gemäß dem der Schwache durch den Starken und der Starke durch den noch Stärkeren verschlungen wird. Auch die Selbstrechtfertigung der Annexion Kuwaits durch Saddam Hussein, hier würden Kolonialgrenzen korrigiert, dürfte bei einer Anerkennung solcher Motive nicht nur in der Dritten Welt zu einem Flächenbrand führen. Deshalb gilt ein gleichsam paradoxes Prinzip: Je „künstlicher“ eine Staatsgrenze, das heißt, je weniger sie mit den ethnischen Konturen der jeweiligen Bevölkerungen übereinstimmt, als desto politisch „heiliger“ hat sie im Interesse des Friedens zu gelten. Und dies vor allem dann, wenn, wie im Falle des Irak selbst, eine solche „Künstlichkeit“ des Gemeinwesens offenbar ist.

Das Problem der Berechenbarkeit und Vertragsfähigkeit Saddam Husseins wird durch weitere Umstände gesteigert. So kann er als orientalischer Despot eine als falsch erkannte Entscheidung von Bedeutung nicht ohne Folgen für seine Herrschaft - aber auch für sein Leben - ohne weiteres zurücknehmen. Ganz im Unterschied zur historischen Gestalt eines Gamal Abdel-Nasser, mit dem sich Saddam Hussein in Rhetorik und anderen Äußerlichkeiten zu vergleichen trachtet, ist seine Herrschaft keineswegs charismatisch, sondern in hohem Maße persönlich begründet. Sie beruht auf der engen Loyalität eines Klientelsystems großfamilialen Charakters, das ausschließlich mittels unmittelbarer Herrschaft verallgemeinerte. Das Eingeständnis eines kapitalen politischen Fehlers führt nicht zum Rückzug der Herrschaftsperson aus dem öffentlichen Leben. Bei Machtverlust droht gleichsam der Verlust des eigenen Lebens und des Lebens der gesamten Klientel. So trachtet der Herrscher danach, sein Schicksal mit dem des Gemeinwesens zu verbinden.

Auch das Waffenarsenal Saddam Husseins verschärft das Problem seiner Vertragsfähigkeit und schwächt die Komponente rationalen Verhaltens. Die Waffen, über die er verfügt, stellen als gekauftes Material gesellschaftlich eine bloß geborgte Macht dar. Bei Verlust des Arsenal vermag das sie anwendende Gemeinwesen diese nicht wieder aus sich heraus zu reproduzieren. So neigt der despotische Herrscher dazu, bei drohendem Machtverlust alle verfügbaren Machtpotentiale einzusetzen, vor allem nichtkonventionelle und - sofern sie zur Verfügung stehen - auch absolute Waffen. Ein ABC-Arsenal dient nicht der Abschreckung, sondern soll tatsächlich militärisch angewendet werden. Eine Dichotomie tut sich auf zwischen der in der Technologie der Waffen beschlossenen Rationalität und einer politischen Rationalität, mittels der diese Waffen ansonsten unter Kontrolle sind. Solche Waffen und gesellschaftliche und politische Systeme etwa des Irak sind nicht miteinander verträglich. Die enge politische Spanne, das geringe politische Spiel, die dem Despoten aus Gründen persönlicher Selbsterhaltung zur Verfügung stehen, könnten der Anwendung absoluter Waffen Tür und Tor öffnen. Wie auch immer: keine westliche Technologie ohne westliche Philosophie. Der Krieg gegen Saddam Hussein kann insofern als Versuch gelten, die ihm – gesellschaftlich - geliehene zerstörerische Technologie wieder einzutreiben.

III.

Das Abstrafen Saddam Husseins und die damit verbundene Zerschlagung seiner Militärmacht scheinen im arabisch-muslimischen Orient zu einer Solidarität mit dem im westlichen Westen Abscheu erregenden Diktator zu führen. Dieser Umstand ist erklärungsbedürftig. Die Solidarisierung der abwertend als „gesichtslose Masse“ apostrophierten Menschen im Orient mit dem irakischen Diktator legt die Vermutung nahe, die international als Verbrechen sanktionierte Vernichtung eines Mitglieds der Völkerrechtsgemeinschaft und damit verbunden der Anschlag auf alle staatlichen Körperschaften, werde dort allenfalls als Vergehen oder als bloße Regelverletzung hingenommen. An der Bewertung der Palästinafrage im Orient und jener vom Irak geforderten Verbindung (linkage) zwischen einem Rückzug aus Kuwait und dem Abzug Israels aus den besetzten Gebieten wird jene unterschiedliche Bewertung offenbar. Es wird jedenfalls deutlich, daß der irakische Souveränitätsbruch einem arabischen Nachbarn gegenüber von geringerem Gewicht ist als die israelische Besetzung arabischen Bodens.

Kein Zweifel: Eine angemessene Lösung der Palästinafrage vor der irakischen Annexion Kuwaits hätte es Saddam Hussein sehr erschwert, sich dieses Mittels zu bedienen. Gleichzeitig dürften sich auch Zweifel erheben, ob eine Kompromißlösung im Palästina Konflikt Israel aus jener hohen Bedeutung entlassen hätte, die es auch über den konkreten Konflikt hinaus für die arabisch-islamische Welt hat. Israel gilt dem islamischen Orient nicht nur als illegitimes Gemeinwesen, weil es sich auf Kosten der palästinensischen Araber etablierte. Es ist inzwischen zur überhistorisch stilisierten Metapher für all das geworden,

was verkürzend, irreführend und letztendlich auch infantilisiert als „Demütigung“ der Araber verstanden wird. Israel steht für all das, was sich in der kollektiven Psyche des Orients mythologisierend als Niederlage eingekerbt hat - von den Kreuzzählern über die vergleichsweise nur kurze koloniale Präsenz europäischer Mächte im arabischen Orient des 20. Jahrhunderts bis zur seit der frühen Neuzeit sich öffnenden zivilisatorischen Schere zwischen westlicher Entwicklung und relativer Stagnation im muslimischen Orient. Renaissance, „Entdeckungen“ und Reformation sowie die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft wurden im Orient nicht erfahren. Vielmehr erlitt er eher passiv die schier unaufhaltsame Universalisierung westlicher Zivilisation. Für all das steht als Negativinstanz Israel im arabisch-islamischen Bewußtsein.

Die irakische Annexion Kuwaits wird also eher als ein Binnenkonflikt in einem Kulturzusammenhang empfunden, der nicht, wie die westliche Zivilisation, letztendlich aus der säkularisierten *respublica christiana* erwachsen ist und wie das *ius publicum europaeum* die staatliche Souveränität heiligt. Die muslimische politische Tradition hingegen kennt eine Unterscheidung zwischen dem Verhältnis der muslimischen Gemeinwesen untereinander und dem Verhältnis zur nichtmuslimischen Welt. Eine solche Unterscheidung kann das gültige universelle Völkerrecht nicht treffen, ohne die Welt ins Chaos zu stürzen. Dennoch gilt es, sich einer solchen kulturellen Differenz nicht zu verschließen. Auch Gefühle sind Fakten. Dies kann aber nicht heißen, daß Saddam Hussein für seinen Versuch, mittels der Verbindung von Kuwait und der Palästinafrage einen west-östlichen Kulturkampf auszulösen, auch noch belohnt wird. Vielmehr gilt es, nach Saddam Hussein die Palästinenser nicht mit einer negativen linkage zu bestrafen und ihnen die Anerkennung ihrer Rechte nur deshalb zu verweigern, weil sie die Annexion Kuwaits guthießen und damit für eine militärische Lösung der Palästinafrage optierten.

Hält die westlich-arabische Allianz gegen Saddam Hussein, dann dürfte das Gewicht der alliierten arabischen Staaten in der historischen Palästinafrage wieder erheblich zunehmen. Syrien, Ägypten und Saudi-Arabien könnten dann durchaus auf Kosten einer Repräsentanz der Palästinenser beziehungsweise der PLO wieder jene innerarabische Vorrangstellung einnehmen, die die arabischen Staaten vor dem Aufstieg der palästinensischen Bewegung nach dem Juni 1967 für sich beanspruchten. Der Zuspruch, den Saddam Hussein seitens der Palästinenser erfährt, wirkt sich also paradoxerweise wie eine politische Selbstenteignung aus: In der Solidarität mit dem Herrscher des Irak übertrugen ihm die Palästinenser ein Mandat, sich ihrer Sache anzunehmen - und sei es militärisch. Es sollte nicht verwundern, wenn dieser sich panarabisch verformende Verzicht auf die Verfolgung partikularen palästinensischen Interesses in einer möglichen Nachkriegskonstellation von den arabischen Koalitionären des Krieges am Golf für sich reklamiert werden würde. Die Annäherung zwischen Israel und Syrien jedenfalls weist in eine solche Richtung.

Der Krieg am Golf war trotz seines Schreckens eine begrenzte Auseinandersetzung. Seine schrecklichere Alternative wäre ein umfassender arabisch-israelischer Zusammenstoß. Letzterer wäre deshalb umso entsetzlicher, als er seiner historischen Langzeitbedeutung wegen keines konkreten Grundes bedarf: Jeder Anlaß kann Grund genug sein. Bei Kuwait hingegen sind Anlaß, Gründe und nicht zuletzt auch die Forderungen konkret und somit auch einlösbar. Dies machte den Krieg zwar nicht zu einem gerechten; als kleineres Übel jedoch zu einem durchaus gerechtfertigten.